

Antrag Nr. 24-F-63-0086

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Wohnzimmer statt Wartezimmer - Novellierung des Onlinezugangsgesetzes in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 06.11.2024 -

Antragstext:

Nachdem sich Bundesrat und Bundesregierung geeinigt haben, konnte nun die Änderung des Onlinezugangsgesetzes, auch bekannt als OZG 2.0, auf den Weg gebracht werden. Das Ziel sind nutzerfreundliche und vollständig digitale Verfahren in ganz Deutschland. Die Digitalisierung der Verwaltung wird zudem als Daueraufgabe für Bund, Länder und Kommunen verankert. Das Gesetz wird somit auch Auswirkungen auf die Stadt und ihre Menschen haben.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie er im Allgemeinen das neue OZG 2.0 in Bezug auf Wiesbaden beurteilt.
2. Inwieweit können Bürgerinnen und Bürger von den Neuregelungen der digitalen Identifikation profitieren und welche Auswirkungen diese auf die bestehenden digitalen Verfahren in Wiesbaden haben könnten?
3. Inwieweit der Wegfall der Schriftformerfordernis, Prozesse in der Wiesbadener Verwaltung beschleunigen kann.
4. Inwieweit kommunale Verwaltungsdienstleistungen für Unternehmen auch in das zentrale digitale Organisationskonto für Verwaltungsdienstleistungen integriert werden können.

Wiesbaden, 06.11.2024

Johannes Luderschmidt
Fachsprecher, B90/Grüne

Linda Marschall
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Lukas Floyd Schnabel
Fachsprecher, SPD

Nail Akin Kaya
Fraktionsreferent, SPD

Ronny Maritzen
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

Jasper Klos
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

Achim Sprengard
Fachsprecher, Volt

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer, Volt